



BLICKPUNKTE



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

INHALT

Koalition

Umwelt

Landwirtschaft

Kurz notiert

Aus dem Wahlkreis

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Postfach 11 56

48600 Ochtrup

Tel.: 02553 / 977 10 53

Fax: 02553 / 977 10 54

Mail:

[ingrid.arndt-
brauer.wk01@bundestag.de](mailto:ingrid.arndt-
brauer.wk01@bundestag.de)

Bildquelle

Kuppelinnenansicht: Klaus-Peter

Tuchscherer / pixelio.de

© Bild Arndt-Brauer: dpt/Stella v.

Saldern



Liebe Leserinnen und Leser,

für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellt die zukunftsfeste Rente einen unverzichtbaren Grundpfeiler eines funktionierenden Sozialstaats dar. Unser Rentensystem muss deshalb zukunftssicher, an sich verändernde demografische Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu bedürfen alle drei Säulen der Alterssicherung – umlagefinanzierte Rente, Betriebsrente, private Zusatzrente - einer Neujustierung. Schnellschüsse sind dabei jedoch ebenso wenig angebracht wie Panikmache. Bundesministerin Andrea Nahles wird im Herbst nach einer umfassenden Bestandsaufnahme Vorschläge vorlegen. Was nicht warten kann, ist die Umsetzung der rentenpolitischen Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, u.a. eine solidarische Mindestrente für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und die Stärkung der Betriebsrente. Wenn die Union es wirklich ernst meint mit der Sicherung der Rente, dann sind dies die konkreten ersten Schritte, mit denen sie das nun unter Beweis stellen kann.

Im politischen Geschehen spielen nicht nur Beschlüsse eine Rolle, sondern manchmal auch Gesetze, die nicht beschlossen wurden. Ein aktuelles Beispiel ist der 'Gesetzesentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus'. Nach der öffentlichen Anhörung war klar, dass das Gesetz in der vorliegenden Form sein Ziel verfehlen würde: Nämlich die Schaffung von preiswertem Wohnraum - insbesondere in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Zielführender wären eher Investitionszulagen, mit der dauerhafte Belegungsbindungen für Haushalte mit niedrigerem Einkommen geschaffen werden können. Ein geeignetes Mittel der sozialen Wohnraumversorgung wären z. B. Zuschüsse an Wohnungsbaugenossenschaften – die geplanten steuerliche Abschreibungen hätten, außer milliardenschweren Mitnahmeeffekten, keine der gewünschten Wirkungen entfaltet. Daher war es gut, dass das Gesetz jetzt gestoppt wurde.

Allen Lesern eine informative und interessante Lektüre!

Ihre **Ingrid Arndt-Brauer**





BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

Koalition

Fraktionsspitzen fassen wichtige Beschlüsse

Auf der Klausurtagung in Rust haben die Fraktionsvorstände von SPD und CDU/CSU zwei Tage lang über Europa- und Flüchtlingspolitik sowie Elektromobilität und innere Sicherheit beraten. Am Ende wurden **fünf Beschlusspapiere** verabschiedet:

1. Ursachen von Flucht bekämpfen

Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Krieg, persönliche Verfolgung oder Hunger sind nur einige Gründe dafür, dass Menschen ihre Heimatländer verlassen. Für viele sind Europa und Deutschland Ziel der Flucht. Politisches Ziel ist es für die Koalitionsfraktionen laut Beschluss, die Zahl der nach Deutschland kommenden flüchtenden Menschen deutlich zu senken. Entwicklungspolitik, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention sind dabei die wesentlichen strategischen Ausrichtungspunkte. In der Entwicklungspolitik bedeutet das dem Beschlusspapier zufolge unter anderem, dass sich die Fraktionen verstärkt für die Umsetzung der von den Vereinten Nationen beschlossenen 2030-Agenda einsetzen. Engt verzahnt mit der Entwicklungspolitik ist die Humanitäre Hilfe. Länder sollen unverzüglich Hilfe erhalten, sobald Krisen entstehen. Zudem dürfe sich humanitäre Hilfe nicht nur auf kurzfristige Nothilfe beschränken, sondern muss vorausschauend agieren, vor allem in Hinblick auf durch Krisen hervorgerufene Fluchtbewegungen. Als dritte strategische

Ausrichtung bei der Fluchtursachenbekämpfung berücksichtigt der Beschluss die zivile Krisenprävention. Als zentrales Element der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik soll diese weiter aufgewertet, finanziell gestärkt, konzeptionell weiterentwickelt und weiter ausgebaut werden.



Foto: © Wandersmann / pixelio.de

2. Handlungsfähigkeit und Zusammenhalt in der EU sichern

Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen, nicht nur, was die Migration betrifft, sondern auch den inneren Zusammenhalt, die Abwehr von Terroranschlägen und die Staatsschuldenkrise. Die Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD sind sich einig: Damit Europa seine gemeinsamen Werte und Frieden bewahren kann, müssen die EU-Staaten mit einer Stimme sprechen und gemeinsam die Fragen lösen, die die Menschen in Europa bewegen. In ihrem Beschlusspapier sprechen sich die Koalitionsfraktionen u. a. für eine Überarbeitung des europäischen Asylsystems – insbesondere die so genannte Dublin-III-Verordnung – aus sowie für die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und

Währungsunion und mehr Abstimmungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zudem plädieren die Koalitionäre für einen Verbleib des Vereinten Königreichs in der EU und formulieren eine gemeinsame Haltung zur Bedeutung der Türkei als strategisch wichtigen Partner für Europa.

3. Auto: Elektromobilität der Zukunft

Damit die Automobilindustrie im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen kann, muss sie sich Herausforderungen wie beispielsweise der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes stellen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Elektromobilität. Damit diese in Fahrt kommt, hat die Bundesregierung in einem Gespräch mit Vertretern der deutschen Automobilunternehmen folgende Maßnahmen im Umfang von 1 Milliarde Euro zur Förderung der Elektromobilität vereinbart:



Foto: © Tim Reckmann / pixelio.de

- Zur Verbesserung der Ladeinfrastruktur stellt der Bund 300 Millionen Euro zur Verfügung für die Periode von 2017 – 2020 (Schnelllade-Infrastruktur rund 200 Millionen, Normalladeinfrastruktur rund 100 Millionen).



BLICKPUNKTE

SPD

BUNDESTAGS
FRAKTION

- Es wird eine Kaufprämie gezahlt, die je zur Hälfte von der Automobilindustrie und vom Bund finanziert wird. Für reine E-PKWs 4000 Euro, für Plug-In-Hybride 3000 Euro. Die Gesamt-förder-summe ist begrenzt auf 1,2 Milliarden Euro (600 Millionen Bund, 600 Millionen Automobilindustrie) und hat eine Laufzeit bis längstens 2019, beginnend nach einem entsprechenden Beschluss der Bundesregierung im Mai 2016. Die Förderobergrenze für das jeweilige Basismodell beträgt 60.000 Euro netto/Listenpreis. Die hälftige Förderung durch den Bund hängt von einer entsprechenden Förderung durch den Hersteller ab.

- Für die Mehrkosten bei der öffentlichen Beschaffung von künftig mindestens 20% Elektrofahrzeugen für den Fuhrpark des Bundes werden 100 Millionen Euro bereitgestellt.

- Der vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellte Strom zum Beladen von E-Fahrzeugen der Mitarbeiter stellt künftig keinen geldwerten Vorteil dar.



Foto: © I-vista / pixelio.de

4. Mit einem starken Rechtsstaat für Freiheit und Sicherheit

Durch einen starken Rechtsstaat will die Koalition die Freiheit und Sicherheit der Bürger umfassend schützen. SPD- und Unionsfraktion wollen die innere Sicherheit zu einem

Investitionsschwerpunkt machen und streben eine deutliche personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden bis 2019 an. Dafür sollen Mittel im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt werden. Zudem wollen die Fraktionen es ermöglichen, dass innereuropäische Finanztransfers zur Terrorismus-Bekämpfung überwacht werden können und die europäische Polizeibehörde Europol weiter ausgebaut wird. Ziel ist ein gemeinsames europäisches Terrorabwehrzentrum. Islamistischen und anderen extremistischen Spendensammelvereinen soll die Grundlage entzogen werden. Organisierte Kriminalität, etwa Steuerbetrug mittels Briefkastenfirmen, soll härter bekämpft werden. Zur Bekämpfung von Alltagskriminalität und Terror ist der vermehrte Einsatz von Video-technik wie etwa auf Bahnhöfen, im öffentlichen Personennahverkehr und auf öffentlichen Plätzen erforderlich. Um einen besseren Schutz vor sexueller Gewalt zu gewährleisten, wollen die Koalitionsfraktionen das Sexualstrafrecht reformieren.

5. Mehr Sicherheit durch besseren Einbruchschutz

Die Koalition reagiert auf die steigenden Einbruchszahlen: Sie möchte vor allem die Prävention deutlich stärken. Unter anderem soll das bereits im November 2015 eingerichtete Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ mit weiteren Haushaltsmitteln auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt werden. Hausbesitzer sollen mithilfe des KfW-Programms auch kleinere Investitionen zum Einbruchschutz tätigen können.

Umwelt



Foto: © Thorben Wengert / pixelio.de

Tschernobyl und Fukushima mahnen

In Erinnerung an die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl vor 30 Jahren und von Fukushima vor fünf Jahren hat der Bundestag über Atomenergie und die damit verbundenen Risiken debattiert und einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 18/8239) beschlossen.

Noch heute leiden Hunderttausende unter den Folgen der Reaktorkatastrophe. Weite Landschaften in der Ukraine, Weißrussland und Teilen Russlands sind bis heute belastet. Tschernobyl gab denjenigen Recht, die lange vorher vor der Atomkraft gewarnt hatten. Dass es bis Fukushima dauerte, bis alle Bundestagsfraktionen vom Atomausstieg überzeugt waren, ist bekannt.

Doch trotz des deutschen Atomausstiegs blieben die Risiken. Radioaktivität macht an den Grenzen nicht halt. Besondere Sorgen bereiteten die Atomkraftwerke in Belgien. Wir erwarten, dass die Nachbarländer die Sorgen der Menschen in den Grenzgebieten



BLICKPUNKTE

SPD

**BUNDESTAGS
FRAKTION**

ernstnehmen und für ein höchstes Sicherheitsniveau sorgen.

Die weiter bestehenden Probleme in Fukushima zeigen, dass die Risiken der Atomenergie nicht in den Griff zu bekommen sind. Erst ein europa- und weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie bringt Sicherheit, das sollten die Jahrestage lehren. In Europa darf die Atomenergie nicht weiter ausgebaut werden: Wir brauchen den Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien.

Für mehr Sicherheit in Atomanlagen in der EU und weltweit



Foto: © S. Hofschlaeger / pixelio.de

Der Antrag der Koalitionsfraktionen fordert die Bundesregierung auf:

- sich in bilateralen Kommissionen mit sicherheitstechnischen Fragestellungen grenznaher Atomkraftwerke (AKW) in anderen Ländern auseinandersetzen und die Verhandlungen mit Belgien über ein Abkommen zur Nuklearen Sicherheit zügig zum Abschluss bringen,

- auf europäischer Ebene darauf zu drängen, dass bei Laufzeitverlängerungen für AKW angrenzender Länder eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung Pflicht wird,

- sich für europaweit einheitliche Haftungsregelungen in aus deutscher

Sicht angemessener Höhe und die schnelle Umsetzung der auf Basis des EURATOM-Vertrages ergangenen Richtlinien einzusetzen,

- einen optimalen Katastrophenschutz bei einem nuklearen Unfall grenzüberschreitend zu gewährleisten und

- Sicherheitsmaßnahmen auf höchstem Niveau gegen terroristische Angriffe auf Atomanlagen vorzusehen.

Auf internationaler Ebene soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die laufenden Atomkraftwerke weltweit höchsten Sicherheitsstandards genügen. Damit andere Länder Alternativen zur Atomenergie entwickeln können, soll die Bundesregierung mit ihnen Kooperationen eingehen, um dort unter anderem die erneuerbaren Energien zu fördern.

SPD-Bundestagsfraktion dankt ehrenamtlichen Initiativen

Als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl 1986 entstand eine außergewöhnliche europäische Solidaritätsbewegung, mit dem Ziel, die medizinische Versorgung der Betroffenen zu verbessern und Kinderfreizeiten in Deutschland zu ermöglichen. Bei einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion am 27. April 2016 haben einige Initiativen ihre Hilfsprojekte vorgestellt. Das große ehrenamtliche Engagement dieser Initiativen, das noch 30 Jahre nach der Katastrophe fortbesteht, wurde damit gewürdigt und den Helfern Dank ausgesprochen.

Landwirtschaft

Milchpreisverfall: Bundestag berät Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes



Foto: © berggeist007 / pixelio.de

Am 28. April hat der Bundestag in 1. Lesung einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes beraten (Drs. 18/8235).

Gut ein Jahr nach dem Auslaufen der Milchquote ist es in der Europäischen Union bei Milch und Milchzeugnissen zu ernsthaften Störungen des Marktes auf Grund des niedrigeren Preisniveaus auf dem Weltmarkt gekommen. Die Einschätzungen der Marktentwicklungen lassen keine wesentlichen Produktionsverringerungen im Bereich der Milch und der Milchzeugnisse für die nächsten Jahre erkennen.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Europäische Kommission die befristete Möglichkeit geschaffen, die Rohmilchproduktion innerhalb der EU auf freiwilliger Basis zu regulieren, um wieder das erforderliche Marktgleichgewicht herzustellen. Sie reagierte damit auf Forderungen der EU-Agrarminister nach weiteren Unterstützungsmaßnahmen auf den landwirtschaftlichen Märkten.

Das geänderte EU-Recht sieht vor, dass Agrarorganisationen (anerkannte Erzeugerorganisationen, deren Vereinigungen und Branchenverbände) und Genossenschaften (Molkereien) im Milchsektor



Blickpunkte

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

befristet für einen Zeitraum von sechs Monaten freiwillige gemeinsame Vereinbarungen treffen und Beschlüsse fassen können, die die Planung der Milchproduktion betreffen ohne das es kartellrechtliche Einsprüche gibt. Die Milchbauern und Molkereien haben so die Möglichkeit, die Produktionsmenge besser zu steuern, um wieder zu auskömmlichen Erlösen zu kommen.

Die Mitgliedstaaten haben die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Vereinbarungen und Beschlüsse die Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes nicht untergraben und auf die Stabilisierung des Milchmarktes abzielen. Die Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes schafft die gesetzliche Grundlage für die nationale Umsetzung des EU-Rechts.

Kurz notiert

50.000 EUR für schnelles Internet in Ochtrup

Für die Stadt Ochtrup hat die heimische Bundestagsabgeordnete und Finanzausschussvorsitzende Ingrid Arndt-Brauer (SPD) jetzt eine gute Nachricht: Mit 50.000 Euro wird der Breitbandausbau vom Bundesministerium für Verkehr und digitaler Infrastruktur gefördert. 'Damit bekommt der Ausbau von schnellem Internet im Kreis Steinfurt einen weiteren Schub', freut sich die Finanzpolitikerin. In der kommenden Woche werden am 26.04. in Berlin die Förderbescheide überreicht. Der Breitbandausbau spielt in der Wirtschaft eine große Rolle.



Foto: Simone Viola

Gerade in den ländlichen Regionen wurde der Ausbau des schnellen Internets noch nicht genügend vorangetrieben. Der Bund fördert daher Beträgerleistungen, die die Planung und Durchführung von Vorhaben zum Breitbandausbau und die Beantragung von Fördermitteln erleichtern.

Kreuzschule trifft Finanzpolitikerin



Zurzeit spielen die sog. Panama-Papers in der öffentlichen Diskussion eine große Rolle. Die 67 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 10 der Kreuzschule Heek konnten sich jetzt aus erster Hand bei der

Finanzausschussvorsitzenden und heimischen Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer (SPD) informieren. Mit einem 20 Punkte-Plan, der nationale und internationale Maßnahmen beinhaltet, wollen die Sozialdemokraten Steuerbetrüger das Handwerk legen.

Weitere Themen des einstündigen Gesprächs waren die Gesetzgebungsarbeit im Bundestag und die Flüchtlingspolitik. Nach der Diskussion hatten die Zehntklässler Gelegenheit zu einem Besuch der Reichstagskuppel.

Sprechstunde mit Arndt-Brauer in Borghorst

Regelmäßig bietet künftig auch der SPD-Ortsverein Steinfurt Sprechstunden mit der Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer an. Die erste Sprechstunde fand im SPD-Büro an der Emsdettener Str. 2 in Borghorst statt. Michael Hardebusch, Steinfurter Ratsmitglied freute sich gemeinsam mit der Abgeordneten über regen Zulauf. Nicht nur bei konkreten Problemen und Anliegen will Arndt-Brauer helfen, sondern setzt sich auch mit konstruktiver Kritik auseinander.

Aufgrund der positiven Resonanz wird dieser Service fortgeführt. „Wir hoffen, dass die Sprechstunde auch weiterhin so gut angenommen wird“, so Arndt-Brauer. Neben den festen Sprechstundenzeiten gibt es natürlich auch die Möglichkeit, individuell Sprechstundentermine mit der Abgeordneten über ihr Wahlkreisbüro in Ochtrup unter der Tel. 02553 977 1043 zu vereinbaren.



Blickpunkte

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Aus dem Wahlkreis

Anerkennung für ehrenamtliches Engagement

Steinfurt. Nicht nur aktiv im Wassersport beim Schwimmverein Olympia Borghorst 1948 e.V. sind die beiden Steinfurterinnen Nicole Saerbeck (re.) und Martina Beckonert (li.): Sie engagieren sich auch ehrenamtlich im Verein.

„Vereine und die vielen ehrenamtlich Aktiven spielen im gesellschaftlichen Leben im Münsterland eine wichtige Rolle. Viele Bürger sind in Vereinsstrukturen organisiert und dort aktiv tätig“, weiß auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer zu schätzen und ehrte die beiden Frauen jetzt für ihr ehrenamtliches Engagement mit einer Reise nach Berlin.

Vier spannende Tage erwarteten die beiden Frauen. Sie besuchten u.a. das Finanzministerium und den Bundesnachrichtendienst. Ebenso stand die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung auf dem Programm, die 1994 durch den Deutschen Bundestag gegründet wurde. Die Stiftung hat die Aufgabe, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für die Vereinigung Europas und die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern sowie für den Nord-Süd-Dialog zu wahren. Eine Stadtrundfahrt und ein Besuch im Reichstagsgebäude, in dem die beiden noch mit Ingrid Arndt-Brauer zu einem persönlichen Gespräch zusammentrafen, rundete die Reise ab.



Engagement bringt Menschen zusammen



Ahaus. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) ist die Interessenvertretung für das Personal der Finanzverwaltung der Bundesrepublik Deutschland mit ca. 79.000 Mitgliedern. Sie ist Mitgliedsgewerkschaft des Deutschen Beamtenbundes. Die DSTG setzt sich - gemeinsam mit den Landesvertretungen - für humane Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für eine leistungsfähige und bürgernahe Finanzverwaltung ein.

In den einzelnen Behörden vor Ort ist immer der Personalrat für die Belange aller Mitarbeiter zuständig. Das gilt auch für das Finanzamt Ahaus. Für das gewerkschaftliche Engagement lud jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer zehn Personalratsmitglieder des Finanzamtes Ahaus nach Berlin ein. Bei einem Besuch in der Behörde überreichte sie die Einladung zu einer viertägigen politischen Bildungsfahrt persönlich und brachte auch direkt das Programm für die Fahrt mit. „Wir freuen uns, dass Sie unser Engagement würdigen“, so Kurt Rehbein (i. Bild li.), selbst Mitglied des Personalrats. „Ich lege meinen Schwerpunkt auf bürgerschaftliches Engagement bei politischen Bildungsfahrten. Das bringt Menschen zusammen, die sich so sonst nicht kennen gelernt hätten“, erläuterte Arndt-Brauer ihre Intention für die Einladung. Sie freut sich darauf, die Gewerkschafter im Juni in Berlin wiederzusehen.



BLICKPUNKTE

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Flüchtlinge fit machen für den Arbeitsmarkt

Rheine/Kreis Steinfurt. Die vielen jungen Flüchtlinge, die bisher nach Deutschland gekommen sind, stellen ein hohes Potenzial für den Arbeit- und Ausbildungsmarkt dar. Erforderlich ist es aber, den Menschen nicht nur die deutsche Sprache und Kultur nahe zu bringen, sondern sie auch für den Arbeitsmarkt fit zu machen.

Die Kreishandwerkerschaft (KH) Steinfurt-Warendorf nutzt dieses Potenzial und startete gemeinsam mit den Technischen Schulen des Kreises Steinfurt ein Berufsvorbereitungsprojekt. Unterstützung erhielten sie dabei von der Bezirksregierung und dem Kreis Steinfurt, der auch kommunale Mittel für das Modellprojekt zur Verfügung stellte.



Frank Tischner, Hauptgeschäftsführer der KH, erläuterte jetzt der SPD-Bundestagsabgeordneten Ingrid Arndt-Brauer das Projekt näher. 17 junge Männer im Alter von 20 bis 36 Jahren, deren Heimatländer Eritrea, Guinea, Afghanistan und Pakistan sind, nehmen an dem Projekt teil. 'Zuerst mussten wir feststellen, dass die Berufsabschlüsse aus den Heimatländern für den hiesigen Arbeitsmarkt wenig Aussagekraft haben', machte Tischner deutlich. Neben den verschiedenen Sprachen und Herkunftsländern sowie den persönlichen Geschichten und Erwartungen, zeigen sich sehr unterschiedliche Berufsbilder. Diese fußen allerdings bei 84 Prozent auf keiner beruflichen Ausbildung so wie man sie hier in Deutschland mit der dualen Berufsausbildung kennt. Um die jungen Männer jetzt für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu qualifizieren, erhalten sie an drei Wochentagen neben dem Sprachunterricht an den Technischen Schulen auch Unterricht in Mathematik, der für handwerkliche Berufe eine Grundlage bildet. An den beiden verbleibenden Wochentagen arbeiten die jungen Männer in der Werkstätten der KH an den Grundfertigkeiten für Bautechnik, Holztechnik und Metalltechnik. Die Ausbilder bescheinigen den jungen Männern eine hohe Motivation und handwerkliches Geschick.

'Der Erfolg gibt dem Modellprojekt Recht', freut sich Tischner, denn das Ergebnis lässt sich sehen: Fünf Teilnehmer sind ausbildungsreif, fünf weitere könnten in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gehen und bei weiterer Förderung evtl. später eine Ausbildung antreten und fünf Männer wären in der Lage, mit einer angelernten Helfertätigkeit für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Betriebliche Praktika, die die jungen Männer derzeit absolvieren, sollen zeigen, wo es für die Zukunft hingehet. Tischner bedauert, dass das Projekt im Sommer ausläuft und würde sich freuen, wenn es ein Nachfolgeprojekt gibt.

Ein lobenswertes Projekt, wie auch Arndt-Brauer befindet. 'Solche Projekte hängen aber auch von engagierten Personen und der Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen ab', so Arndt-Brauer. Sie versprach abschließend ihre Unterstützung für eine Fortführung des Projekts.